

als Besingener im Moskauer Kreml zu Moskau befindet. Der Volkskommissar Derzhinski, der an der Spitze der „Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution“ steht, soll Herr der Stadt Moskau sein und das Heer auf seiner Seite haben. Es handelt sich, wie ausdrücklich hervorgehoben sei, nur um eine Art Palastrevolution innerhalb der „roten“ Regierung, nicht aber um den Sturz des Bolschewismus.

### Ein Ententebeschluss auf Räumung Rußlands.

Habas meldet über einen Beschluss des Obersten Rates der Entente vom 15. September:

„Einstimmig billigte die Konferenz die britische Politik der Räumung Rußlands und gab ihrer absoluten Abneigung gegenüber dem „russischen Abenteuer“ Ausdruck. Es steht jetzt endgültig fest, daß die Großmächte entschlossen sind, dem revolutionären Rußland zu erlauben, seine Angelegenheiten selbst zu regeln und an seiner Befreiung mit allen ihm zweckmäßig scheinenden Mitteln zu arbeiten, mit der einzigen Einschränkung, daß das neue Rußland die Rechte seiner Nachbarn respektiere.“

### von der Goly als Zeitschiff.

Der französische Kommandant in Niza stellte dem Grafen von der Goly das Ansuchen, die deutschen Soldaten auszuliefern, die sich den Befehlen der deutschen Regierung das Baskikum zu verweigern, widerrechtlich und damit außerhalb des Gesetzes gestellt hätten. Der deutsche General antwortete:

„Ich sehe in dieser Zumutung eine schwere Beleidigung meiner Person und des deutschen Nationalgefühls. Ich möchte Ihnen daher raten, derartig niedrige Ansuchen in Zukunft weder mir, noch meinen Untergebenen zu stellen. Ich würde gezwungen sein, jeden Verkehr mit Ihnen abzubrechen und jeden Engländer aus dem noch von deutschen Truppen besetzten Gebiet auszuweisen, da die Sicherheit alliierter Missionen, die den deutschen Nationalstolz absichtlich und schroff verletzen, ausgeschlossen ist.“

Diese Erklärung wird wahrscheinlich von der Entente zum Ausgangspunkt einer Beschwerde gemacht werden. Hoffentlich weiß die deutsche Regierung der Entente ebenso würdevoll zu antworten, wie General von der Goly.

## Die neue Streitakt.

### Die Stilllegung der lebenswichtigen Betriebe.

Durch die Einführung der Erwerbslosenunterstützung in dem gegenwärtigen Umfang sind die Gewerkschaften veranlaßt worden, eine in ihren Anfängen schon früher zu beobachtende Streitakt einzuschlagen, nämlich jene,

durch Herausziehung einer kleineren, aber wichtigen Facharbeitergruppe den ganzen Betrieb stillzulegen und so den Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Im gegenwärtigen Berliner Metallarbeiterstreik wird für dieses Verfahren zum ersten Male die Probe aufs Exempel gemacht. 70 Heizer der Siemens-Werke haben durch ihren Streik 30 000 Arbeiter beschäftigungslos gemacht. Die Anwendung dieses Verfahrens hat für die Arbeiter aber auch ihre zwei Seiten. Der Berliner Streik richtet sich nämlich gegen die Weigerung der Arbeitgeber, einer verhältnismäßig kleinen Zahl ungelernter — also nicht fachlich vorgebildeter — Arbeiter den Stundenlohn von 2,30 Mark auf ca. 3 Mark zu erhöhen. Unter den Facharbeitern fängt nun die Ansicht an sich geltend zu machen, daß sie kein Interesse daran hätten, ihre Stellung für das Interesse der ungelernten Arbeiter aufs Spiel zu setzen. Das Streitproblem bekommt damit eine neue Seite. Die Regierung ist vorläufig ganz ratlos.

## Politische Rundschau.

### — Berlin, den 26. September 1919.

Der württembergische Landtag in Stuttgart beginnt am 26. September den 100. Jahrestag der alten Verfassung und nahm gleichzeitig mit 120 gegen 9 Stimmen die neue Verfassung an.

Der württembergische Minister und langjährige Vizepräsident der Weltkammer, Dr. v. Klenz, ist im Alter von 87 Jahren gestorben. Er gehörte dem Zentrum an.

Es sollen von England 40—50 000 Gefangene über Rotterdam kommen, und zwar jede Woche mindestens 6000 Mann.

### Auflösung der Nationalversammlung?

Wie der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aus parlamentarischen Kreisen gemeldet wird, deuten gewisse Anzeichen darauf hin, daß sich die Regierung mit der baldigen Auflösung der Nationalversammlung beschäftigt. Die Neuwahlen für den Reichstag sollten zuerst im Januar 1920 ausgeschrieben werden. Das Kabinett scheint aber jetzt zu der Ansicht gekommen zu sein, daß ein früherer Termin angebracht ist. Aus Abgeordnetenkreisen wird berichtet, daß eine Auflösung der Nationalversammlung recht bald möglich ist und die Neuwahlen für Oktober ausgeschrieben werden.

Der gekürzte Haushalt Eberts. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung hat den Haushalt des Reichspräsidenten einmütig in der Form genehmigt, daß das Gehalt auf 100 000 Mark und die Gesamtausgaben auf rund 600 000 Mark (im Voranschlag 704 000) ermäßigt wurde. Darin sind eingeschlossen 100 000 Mark (statt 200 000) zur freien Disposition des Präsidenten, über welche Rechnung zu legen ist. Das Büro des Präsidenten umfaßt einen „Leiter des Büros“ (vorgeschlagen war ein Unterkassenschatzmeister) und ansieht der geforderten drei Vortragenden Räte drei Referenten. Durch die beschlossenen Änderungen kommt zum Ausdruck, daß der Reichspräsident keine eigene Politik treiben und keine Referenten stellen soll. Die „Referenten“ sollen

ihn über alle wichtigen Handlungen der Regierung unterrichten.

Reichspräsident Ebert über Regierungsmaßnahmen. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung beantragte der Demokrat Ruffke die Aufhebung des Belagerungszustandes. Er empfahl als Ersatz schärfere Anwendung der Gesetze gegen Aufreizung. Reichskanzler Bauer erwiderte, in der gegenwärtigen Zeit sei ohne besondere Zwangsmaßnahme nicht auszukommen. Dem Grundgedanken, daß politische Meinungsverschiedenheiten auf dem Boden des gleichen Rechtes ausgetragen werden sollten, huldige auch er, aber wir seien noch nicht so weit. So lange ein Teil der Bevölkerung seiner Auffassung mit Gewalt Geltung verschaffen wolle, müsse das im Interesse der Freiheit mit Gewalt verhindert werden. Abg. Cohn (l. S.) erklärte sich mit dieser Auffassung nicht einverstanden, während Abg. Koch (Soz.) dem Reichskanzler zustimmte. Begleiter betonte noch, die Unabhängigen, die jetzt Freiheit forderten, hätten immer selbst den Belagerungszustand in scharfer Weise gegen Andersdenkende durchgeföhrt. Der Antrag Ruffkes wurde dann abgelehnt und das Reichskanzlergehalt mit 50 000 Mark bewilligt.

Habelberg von Reichswehrtruppen besetzt. Dieser Tage trafen mehrere Kompagnien Reichswehrtruppen des Pionierbataillons v. Gildow in Habelberg ein und besetzten sofort das dortige Mannschafsbarrackenlager. Den bisherigen Wachmannschaften wurden die Waffen abgenommen und die Mannschaften sofort entlassen. Durch Plakate wurde der Bevölkerung davon Kenntnis gegeben, daß die Reichswehrtruppen zur Bewachung des Gefangenenlagers sowie zum Schutz der ordnungsliebenden, wertvollen Bevölkerung nach Habelberg entsandt worden seien; die Truppe soll gemeinschaftlich mit der örtlichen Polizeibehörde und der dortigen Einwohnerwehr arbeiten.

Das Reichsnotopfer als Vermögenssteuer. Der hessische Finanzminister und Mitglied der Nationalversammlung hat dem 10. Ausschuss einen Vorschlag unterbreitet, nach dem das Reichsnotopfer als Vermögenssteuer ausgebaut werden soll.

Im Ausschuss der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz. Der Ausschuss hat am Freitag die Vorarbeiten der Vorstehende vor, die Abänderung über § 1 auszuweisen und zunächst die Paragraphen über die Aufgaben der Betriebsarbeiterräte zu beraten. So wurde beschlossen und die Parteien brachten ihre Wünsche dazu zur Sprache.

Angestellte gegen das Betriebsrätegesetz. Die Vereinerung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie steht nach einem kürzlich gefassten Beschlusse in dem vorliegenden Gesetzentwurf über Betriebsräte ein Gesetz gegen die leitenden Angestellten. Sie erwarten von der Nationalversammlung, daß sie in dem Gesetz den leitenden Angestellten die ihnen gebührende Stellung einräumt und ihnen insbesondere die Möglichkeit bietet, auch in den Betriebsräten Sitz und Stimme sowie einen ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß zu erhalten.

Die bisherigen Verhandlungen in dem zuständigen Ausschusse der Nationalversammlung lassen erkennen, daß diese Bestrebungen keinen Erfolg haben werden, wohl sie keine Mehrheit finden werden.

Aufmunterungsprämie im Kohlenbergbau. Der Reichsverband stimmte folgendem Vorschlag der Vertreter der Arbeitnehmer zu: Bedingearbeiter unter Tage erhalten ab 1. Oktober eine weitere feste Schichtzulage von drei Mark. Handwerker und alle übrigen Arbeiter unter Tage, Schichtführer unter Tage erhalten ab 1. Oktober eine nennenswerte Lohnerhöhung. Die nähere Regelung erfolgt bei den Tarifverhandlungen.

Zulagen zu den Invalidenrenten. In der Verordnung der Reichsregierung über die Gewährung von Zulagen zu den Invalidenrenten hat das Reichsversicherungsamt nunmehr Ausführungsbestimmungen erlassen. Danach wird eine Zulage in Höhe von 20 Mk. monatlich (statt bisher 8 Mk.) Empfängern einer reichsgerichtlichen Invaliden-, Kranken- oder Altersrente, eine Zulage von 10 Mark monatlich (statt bisher 4 Mk.) Empfängern einer reichsgerichtlichen Witwen- (Witwen-) oder Witwenrentenrente vom 1. Oktober 1919 ab gewährt, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten. Die Erhöhung tritt nicht ein für Zulagen, die für Zeiten vor dem 1. Oktober 1919 zu zahlen sind. Empfänger von Waisenrenten erhalten keine Zulage. Die Zulage wird monatlich im Voraus bezahlt.

### Gegen polnische Plünderer.

Mit Rücksicht auf die in Thorn wiederholt vorgekommenen Plünderungen und schwere Bestrafung der polnischen Teilnehmer wartet der polnische Delegierte für Thorn, Rechtsanwalt v. Tempel, sowie die polnische „Nada Ludowa“ durch Wauersschlag vor Anklage sowie Teilnahme an Unruhen aller Art, durch welche die polnische Sache schwer geschädigt werde. Entgegenhandelnde sollen später zur Verantwortung gezogen werden.

Die Nordzentrale der Kommunisten. Die Münchener Polizei hat ermittelt, daß die Fäden zu der in Berlin erfolgten Ermordung des Inspektors Blau von München aus liefen. Der Schützengilde Parms hat ihn ermordet. Er wurde von dem Münchener Kommunisten Herrn den Berliner Kommunisten in die Hände geliefert. Die Berliner Polizei hat festgestellt, daß eine kommunistische Nordzentrale in Deutschland, vornehmlich in Berlin, besteht, um Missetatige durch Nordkommissionen oder einzelne beauftragte Meuchelmörder zu besetzen.

### Neuer Grußbefehl der Franzosen.

Das Kommando der 10. französischen Armee in Mainz hat angeordnet, daß künftighin alle Regimentsfähnen und militärischen Reichenzüge der Besatzungstruppen zu großen sind: die Nationalhymne muß entblößten Hauptes angehört werden.

## Rundschau im Auslande.

Österreich: Amerika schickt die Wiener Juden. Der Vertreter der Vereinigten Staaten in Wien, Mr. Galpin, erschien beim Staatskanzler Renner und richtete an ihn die Anfrage, ob die Gerüchte, daß Judenbesetzungen

sehr häufig, begründet seien. Er würde es bedauern, wenn solche Ereignisse eintreten, weil sie die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten gegen Deutschland beeinflussen könnten. Staatskanzler Renner gab Galpin alle beruhigenden Aufklärungen und versicherte, es seien alle Vorkehrungen getroffen, um Gewalttätigkeiten hintanzuhalten.

### Böhmen: Die Auslieferung Willinskis gefordert?

Böhmische Blätter melden aus Paris: Auf Grund der Enthaltungen des österreichischen Notbuches wird demnächst die Auslieferung des ehemaligen österreichisch-ungarischen Finanzministers Dr. Willinski als eines der Urheber des Weltkrieges gefordert. Dr. Willinski ist heute Finanzminister des polnischen Staates, vertritt Baderewski während seiner Abwesenheit in Paris und soll, wie behauptet wird, zum Ministerpräsidenten in Polen auszuweichen sein.

### Italien: Kämpfe in Salernitanen.

Als ein amerikanischer Torpedobootzerstörer in den Hafen einlief, um den Rückzug der Italiener auf die Demarationslinie zu erzwingen, begann eine südlawische Truppenabteilung in der Richtung auf die Stadt Trau (Weißlich von Spalato) vorzudringen. Auch die Einwohner von Trau ergriffen die Waffen und eröffneten das Feuer auf die Italiener, die eiligst die Stadt verließen. Den Südlawen fielen ein Panzerauto, der Kommandant der italienischen Truppenabteilung und drei Mann in die Hände. Die inzwischen ausgeschickten 200 amerikanischen Marinesoldaten übernahmen das italienische Panzerauto und die Gefangenen. Sie brachten sie nach Spalato und übergaben sie dem Befehlshaber des italienischen Stationsgeschiffes „Buglia“. Währenddem trafen die serbischen Truppen ein. Die Amerikaner übergaben die Stadt den südlawischen Truppen und schifften sich wieder ein. Die südlawischen Truppen des folgten die Italiener über die Stadt Trau hinaus.

### Frankreich: Der Fünfferrat verteilte die Welt.

Der Fünfferrat hat Spitzbergen Norwegen zugesprochen unter gewissen Einschränkungen hinsichtlich der von Fremden erworbenen Rechte und der Ausbeutung der Bergwerke. Ferner wurde auf Wunsch Portugals die Enclabe von Kionga im Norden der Kolonie von Mozambique, die von Deutsch-Ostafrika getrennt wird, Portugal zugesprochen. Die Gebiete an der Südgrenze von Polen, die westlich der Linie liegen, die die polnischen Truppen nicht überschreiten dürfen, wurden endgültig Polen zugesprochen. Ueber die Gebiete östlich dieser Linie ist noch keine Bestimmung getroffen worden.

## lokales.

Erhöhung der Magarinepreise. Durch die Erhöhung des Weltmarktpreises für Desfrüchte und das Sinken des Marktpreises für Getreide und die der Reichsausschuß für Getreide und Fett zur Herstellung von Magarine oder Speiseflecken einkauft, fortgesetzt im Preise gestiegen. Daher können diese Rohstoffe zu den bisherigen Preisen nicht mehr an die Fabriken abgegeben werden. Die bedauerliche Folge ist, daß Magarine vom 1. Oktober 1919 ab nur zu einem um etwa die Hälfte teureren Preise geliefert werden kann. Erst dann, wenn die Bevölkerung sich bewußt wird, daß allein durch Arbeit und Schaffung von Exportwaren eine Befreiung unserer Saluta bewirkt wird, werden derartige Folgeerscheinungen aufhören, andernfalls ist mit einer weiteren Verteuerung auch der Magarine zu rechnen.

## Gerichtssaal.

Ein aufsehenerregender Etenerrücknahmeprozess beschäftigte das Reichsgericht. Vom Landgericht Oberfeld ist am 15. August 1918 der Generaldirektor Adels in Remscheid wegen Hinterziehung der Einkommensteuer und Verschleppung eines Teiles seines Vermögens nach dem Auslande zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und einer Geldstrafe von zusammen 1 552 000 Mark verurteilt worden. Auf die Revision des Angeklagten sowie der Anklage, der Regierung in Düsseldorf, hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht in Oberfeld.

## Volkswirtschaftliches.

Balkenmeldungen über die Bamberger Konferenz. Eine Berliner Zeitung hatte über die Bamberger Konferenz der Finanzminister gemeldet, daß dort Maßnahmen zur Verhütung des Staatsbankrotts besprochen worden wären. Die Reichsbank sei außerstande, die ausgegebenen Banknoten mangels geeigneter Bedung einzulösen; die einzige Möglichkeit zur Beschaffung wertvoller Zahlungsmittel wäre die Einführung einer Golddeckung an Stelle der für das Reich unmöglichen Golddeckung. Nur hierdurch könnte der Markkurs auf die normale Höhe gebracht werden, und anders sei der Kurssturz der gegenwärtigen Banknoten nicht aufzuhalten. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß das Gerücht, das begreiflicherweise an der Börse eine Panik ausgelöst hat, ganz und gar jeder Begründung entbehrt. Auch der Berliner Börsenvorstand hat in einem amtlichen Anschlag auf die völlige Unbegründetheit der Meldungen hingewiesen.

Kein Mangel an Gummi mehr. Amtlich wird bekanntgegeben: Nachdem größere Mengen von Rohkautschuk zur Einfuhr nach Deutschland gelangt sind, hat der Reichswirtschaftsminister durch Bekanntmachung vom 20. September 1919 mit Wirkung vom 25. September 1919 die Beschlagnahme und Meldepflicht für Kautschuk (Gummi), Guttapercha, Salata, Altkautschuk, Regenerate, Asbest, sowie von Halb- und Fertigfabrikaten unter Verwendung dieser Rohstoffe, insbesondere für Gummibereitungen, für Kraftfahrzeuge und Kraftwagen, sowie die noch bestehenden Herstellungsverbote aufgehoben.

### kleine Nachrichten.

Auf dem Bahnhof Köln-Deutz treffen jetzt täglich 7000 Mann aus den britischen Gefangenenlagern Nordfrankreichs ein.  
Der Hagarrenmacher G. Conrad aus Waldorf wurde von einem Schussmann in Mannheim, die er mit einem Messer angegriffen hatte, erschossen.  
Ermordet aufgefunden wurden in Nichtenhahn im Kreis Schwyz der Blindmühlensbesitzer Schewe und seine 75 Jahre alte Mutter in ihrer Wohnung. Es wird Raubmord vermutet, da eine größere Summe Waaggeld fehlt.  
Durch das Durchbrennen des elektrischen Kabels auf dem See „Alma“ bei Wessentkirchen wurden 14 Bergleute verlegt, davon 5 schwer.